

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Wechsel im Gemeinderat
- 0 Innenhof Kärntnerstraße
- 0 Steuerreform
- 0 Minex

Airpower - ein Hohn für den Klimaschutz!

Für eine ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich nachhaltige Alternativveranstaltung zur Airpower im Murtal

Im nächsten Jahr soll wieder eine Airpower stattfinden. Eine lärmin- intensive Veranstaltung mit einem völlig sorglosen Umgang mit Um- welt und Ressourcen. In Anbetracht des Klimawandels und seiner immer deutlicher werdenden Folgen ist das für immer mehr Men- schen unverständlich und hat eine verheerende Signalwirkung.

Wissenschaftlich wird der durch den CO₂- Ausstoss der let- zen Jahrzehnte verursachte Klima- wandel kaum mehr bestritten. Die Naturkatastrophen der letzten Mo- nate (Hitzerekorde in Kanada, Über- schwemmungen in Deutschland, Waldbrände in Russland....) lassen erahnen wie die Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit aussehen wird.



Die bekannte Klimaforscherin Helga Kromp erklärte, dass es mittlerweile um jedes kg an einge- sparten Treibhausgasen gehe. Des- halb ist die Durchführung einer Veranstaltung wie der Airpower verantwortungslos.

Das empfinden viele Menschen so und deshalb ist man nun bemüht der Flugshow ein grünes Mäntel- chen umzuhängen. Man möchte die Airpower als „klimafreundliche Großveranstaltung“ abhalten - eine Augenauswischerei. Hinge- gen wäre eine Absage der Airpow- er ein starkes Signal, ein Pauken- schlag für den Klimaschutz.

Alternativveranstaltung Wir meinen es sollte stattdes- sen einen Veranstaltung mit einem völlig anderem Konzept geben. Bei dieser Veranstaltung sollen die – im Zusammenhang mit dem Klimawandel besonders wichtigen – Katastrophenschutz-Einsätze und -kapazitäten des Bundesheeres, der Feuerwehr und anderer Ret- tungs- und Hilfsorganisationen im Mittelpunkt stehen.

Diese Einsätze sollten durch Vorträge und Informationen von KlimaschutzexpertInnen begleitet werden. Veranstaltungsort sollten mehrere Gemeinden des Murtals sein. Diese Veranstaltungen soll- te, wie eine kleine Landesausstel- lung, über einen längeren Zeitraum stattfinden. Das würde den Klima- schutzgedanken in der Bevölke- rung stärken und auch eine touristische und wirtschaftliche Bedeutung für unsere Region haben.

Eine solche Veranstaltung sollte in regelmäßigen Abständen wie- derholt werden. Damit würde ein bildnerischen Auftrag erfüllt und ein fixer touristischer Bestand- teil geschaffen. **Die KPÖ hat ein Konzept für eine solche Alternat- ivveranstaltung ausgearbeitet, alle Knittelfelder Gemeinderät- Innen informiert und nebenste- henden Antrag eingebracht.**

Der Antrag der KPÖ

➤ Der Gemeinderat fordert das Verteidigungsministerium auf, die Planungen für die Air- power 2022 auf Eis zu legen.

➤ Der Gemeinderat beauf- tragt den Umweltausschuss Überlegungen für ein Kon- zept für eine ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich nachhaltige Alternativveran- staltung zur Airpower in der Region Murtal anzustellen.

Dafür soll auch mit der Ge- meinde Spielberg Kontakt aufgenommen werden, dort wurde ein entsprechender An- trag bereits beschlossen. Ein mit anderen Murtalgemein- den abgestimmtes Konzept soll dem Verteidigungsminis- terium und der Bundes- und Landesregierung vorgelegt werden.

➤ Der Gemeinderat fordert das Verteidigungsministerium, die Bundes- und die Landes- regierung auf, eine ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich nachhaltige Alternativver- anstaltung zur Airpower im Murtal inhaltlich, planerisch und finanziell zu unterstützen.

Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt, die Vorschlä- ge ohne Diskussion vom Tisch ge- wischt. Wir meinen damit wurde eine Chance vergeben. Wer Kli- maschutz ernst nimmt kann nicht für die Airpower sein.

Unser Gaspreis wird von der Börse diktiert



Die Gemeinde hat den Erdgasliefervertrag für die gemeindeeigenen Objekte neu ausgeschrieben. Angebote von der Energie Steiermark und der Kelag wurden eingeholt. Wer von den beiden den Zuschlag bekommt war allerdings erst am Tag der Gemeinderatssitzung klar. Denn der Preis hängt von der Börse ab.

Die Energiegesellschaften berechnen ihre Energiepreise von den tagesaktuellen Preisen an der Erdgasbörse. Der Preis, zu dem Erdgas am Tag der Gemeinderatssitzung an der Börse gehandelt wurde gilt als Grundlage und gilt dann für die ganze Vertragsdauer. Am Tag der Gemeinderatssitzung legte die Kelag das bessere Angebot und erhielt den Zuschlag.

Die Kosten für Erdgas, das die Gemeinde und damit letztlich auch die GemeindebürgerInnen bezahlen müssen, hängen also nicht von den tatsächlichen Herstellungskosten sondern von Börsepekulationen ab. So werden im Kapitalismus sogar lebensnotwendige Waren wie Energie zu Spekulationsobjekten.

Müllgebühren:

Neben KPÖ nun auch ÖVP gegen automatische Erhöhung

Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ wurde eine neue Abfuhrordnung beschlossen. Teil der Verordnung ist auch eine Valorisierung, also die jährliche automatische Verteuerung der Gebühren nach dem Verbraucherpreisindex.

Die KPÖ sprach sich gegen jede automatische Erhöhung aus. KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi wies darauf hin, dass die Zuschüsse und Sozialleistungen der Gemeinde nicht automatisch jedes Jahr erhöht werden - die Gebühren hingegen schon.

Nun hat sich zum ersten Mal auch die ÖVP gegen eine automatische jährliche Preiserhöhung ausgesprochen. Bei den Beschlüssen für die Wasser-, Kanal- und den Kindergartengebühren hat die ÖVP noch für die automatische Erhöhung gestimmt. Das Leben wird immer teurer. Eine automatische Gebührenerhöhung ist unsozial. Wir freuen uns über dieses Umdenken bei der ÖVP und hoffen, dass auch die SPÖ endlich von dieser unsozialen Praxis abrückt.

Wo bleibt der Mut zum Klimaschutz?

Klimaschutz ist in aller Munde. Viele Gemeinden - wie auch Knittelfeld - sind Klimaschutzgemeinden. Geht es aber darum bei konkreten Anlässen Flagge zu zeigen wird Klimaschutz schnell zur Nebensache. Bestes Beispiel dafür ist die Airpower.



Vielen Menschen ist völlig klar, dass die Airpower aus Umweltschutzgründen abgesagt werden muss. Die KPÖ hat ein Konzept für eine Alternativveranstaltung ausgearbeitet und allen Knittelfelder GemeinderätInnen zugeschickt. Unserem diesbezüglichen Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ keine Dringlichkeit zuerkannt, er kam nicht einmal auf die Tagesordnung.

SPÖ-Umweltreferentin Martina Stummer ließ sich zu Beginn der Sitzung entschuldigen und erschien kurz nach der Abstimmung. Nur SPÖ-GR Claus Trost stimmte für die Dringlichkeit, aber kein einziger SPÖ-Gemeinderat fand es der Mühe wert auf unsere Vorschläge einzugehen. Lediglich ÖVP-GR Herbert Grangl meinte Teile unseres Konzept seien durchaus überlegenswert.

Im Vorfeld der Gemeinderatssitzung haben sich Bürgermeister Harald Bergmann, ÖVP-Vize Bürgermeister Rene Jäger und ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Knauseder in einer eigens einberufenen Pressekonferenz für die Airpower stark gemacht - allerdings behübscht mit einem grünen Mäntelchen.

Dass es auch anders gehen könnte hat der Spielberger Bürgermeister Manfred Lenger gezeigt, der sich im Spielberger Gemeinderat klar gegen die Airpower ausgesprochen hat.

Noch immer handeln PolitikerInnen nach dem Motto dass im Zweifelsfall wirtschaftliche Interessen wichtiger sind als Umweltschutz. Es werden Nachhaltigkeitstage veranstaltet oder Bienenwiesen angelegt - durchaus gute Projekte. Genauso wichtig wäre es aber auch dann für Umweltschutz einzutreten wenn Profitinteressen gefährdet sind und mit Gegenwind zu rechnen ist...

...meint Ihre KPÖ-GR Sylvia Lammer

Die nächste Gemeinderatssitzung: Mo. 13. Dezember

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von den BürgerInnen besucht werden.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltschutzbundes. UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

Wechsel im Gemeinderat

Wir bedanken uns bei unserem Gemeinderat Franz Moharitsch!



Wahlplakat 1995



Im Gespräch mit
BürgerInnen

1992 wurde Franz Moharitsch zusammen mit Renate Pacher als neuer KPÖ-Gemeinderat angelobt. Er hat unsere Partei mit Unterbrechungen insgesamt rund 22 Jahre lang im Gemeinderat vertreten.

Er war in mehreren Ausschüssen, wie dem Bau- und Liegenschaftsausschuss, dem Stadtentwicklungs- oder dem Sportausschuss tätig und hat dort sein Wissen eingebracht. Auf zahlreichen Gemeindeveranstaltungen, wie dem Sportlerehrungen oder dem Senioren-Tanzcafe hat er die KPÖ vertreten und auch oft mitgeholfen. Auch bei Kinderland war er als Obmann aktiv und hat unsere Kinderland-Kinderfeste mitorganisiert. Seine freundliche und stets hilfsbereite Art hat ihm, und damit auch unserer Partei, viele Sympathien eingebracht.

Nun hat er aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat zurückgelegt. Er wird uns aber auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Demo gegen die Verschlechterung
der Wohnbeihilfe in Graz



KPÖ-Aktion zum
Equal Pay Day

Wir bedanken uns für die jahrzehntelange Mitarbeit und wünschen ihm viel alles Gute und viel Gesundheit!

KPÖ-Knittelfeld



Als Altersvorsitzender
im Gemeinderat



Kinderland Kinderfest

Wieder im Gemeinderat



Als Nachfolgerin von Franz Moharitsch wurde Sylvia Lammer als KPÖ-Gemeinderätin neu angelobt. Sie war bereits von 2015 bis 2020 im Gemeinderat. Sie wurde in den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie gewählt.



Gegen die Schließung der ATB



Im Landtagswahlkampf

Kinderkrippe: Teurer als in Leoben oder Spielberg

Knittelfeld bekommt in der Gaalerstraße eine Kinderkrippe. Das ist höchst an der Zeit und die KPÖ begrüßt das sehr. Die SPÖ brachte per Dringlichkeitsantrag einen Vorschlag für eine soziale Staffelung der Beiträge ein. Prinzipiell eine gute Sache.



Allerdings haben einige Gemeinden, wie Spielberg oder Leoben, höhere Zuschüsse für ihre Kinderkrippe beschlossen als im SPÖ-Modell vorgeschlagen. Das obwohl unsere Nachbarstadt Spielberg finanziell in einer deutlich schlechteren Lage ist wie Knittelfeld.

Tarif um rund 60 Euro höher als in Leoben
Zum Beispiel bezahlen laut SPÖ-Vorschlag Familien mit einem Nettoeinkommen von 1.700 Euro in Knittelfeld für einen Ganztagsplatz in der Kinderkrippe 206,50 Euro im Monat, in Spielberg sind es 170 Euro und in Leoben sogar nur 145,77 Euro.

KPÖ-Stadträtin Renate Pacher hat deshalb vorgeschlagen die Höhe der Tarife vor einem Beschluss im Sozialausschuss neu zu diskutieren. Leider ging der Bürgermeister auf unseren Vorschlag nicht ein, zur Höhe der Tarife meinte er „Was nichts kostet ist auch nichts wert.“

Die KPÖ ist der Ansicht, dass Kindergärten Bildungseinrichtungen sind. Nicht umsonst heißen die dort Beschäftigten „KindergartenpädagogInnen“. Deshalb sollten Kindergärten, wie auch die Schulen, gratis sein. Die Sozialstaffel wurde nach dem SPÖ-Vorschlag beschlossen. Allerdings wird es nach einiger Zeit zu einer Neubetrachtung kommen.

Taxigutscheine: Zuschuss erhöhen!

Mit 01. Juni wurden die Taxitarife vom Land Steiermark deutlich erhöht. Menschen die auf ein Taxi angewiesen sind, sind zumeist älter, körperlich beeinträchtigt oder haben ein geringes Einkommen. Für sie ist die Erhöhung eine finanzielle Herausforderung.

KPÖ-Gemeinderätin Sylvia Lammer hat daher angeregt, den Zuschuss der Gemeinde zu den Taxigutscheinen zu erhöhen. Derzeit kosten die Gutscheine vier Euro, die Gemeinde schießt zwei Euro zu, damit sind sie sechs Euro wert.

Durch die Coronakrise hat die Zahl der Taxifahrten abgenommen. Es wurden deutlich weniger Gutscheine bei der Gemeinde angekauft. Die Gemeinde hat damit einen deutlich geringeren finanziellen Aufwand als budgetiert. Die Mittel für eine Erhöhung wären also vorhanden. Schon einmal wurden die Zuschüsse zu den Taxigutscheinen auf Anregung der KPÖ angehoben. Nun besteht wieder Handlungsbedarf.

Die Vorsitzende des Sozialausschusses Gemeinderätin Edith Pirker hat zugesagt, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sozialausschusssitzung zu nehmen. Wir hoffen auf rasche Umsetzung.

Raiffeisenbank

Aichfeld



BINDER

GEMEINSAM SCHÖNER
WOHNEN.

// Küchenstudio // Raumdesign //
Elektrogeräte // Tischlerei

— Binder GmbH
Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße, A-8720 Knittelfeld
T. +43 3512 82025, F. +43 3512 82492
office@bindergmbh.at, binder-wohnen.at

Nachtragsvoranschlag: Finanzlage besser als befürchtet

Nachdem sich die Finanzlage der Gemeinde verbessert hat wurde nun ein Nachtragsvoranschlag beschlossen. Wurde im ursprünglichen Budget coronabedingt für heuer noch mit einem Minus von rund 492.000 € im Ergebnishaushalt gerechnet, wird nun ein Plus von rund 1,32 Mio. € erwartet.

Die Hauptgründe dafür sind, dass die Ausgaben für die Sozialhilfeumlage um rund 0,6 Mio. Euro niedriger sind und dass vom Bund rund 1,45 Mio. Euro mehr an Ertragsanteilen an die Gemeinde ausbezahlt wurden.

Allerdings sind rund eine Million der Ertragsanteile eine Coronaunterstützung, die wieder an den Bund zurückbezahlt werden muss. Während die Wirtschaft Milliardenförderungen ohne Rückzahlungsverpflichtung erhalten hat wurden die Gemeinden weniger großzügig unterstützt.

Innenhofgestaltung Kärntnerstraße – Freiheitsallee: BewohnerInnen wollen mitbestimmen!

Zum Innenhof der Gemeindewohnungen Kärntnerstraße-Freiheitsallee gibt es keine gemeindeeigene Zufahrt zu den Müllcontainern. Bisher erfolgte die Zufahrt über das Grundstück der OWG. Nun soll durch einen Grundstückstausch eine eigene Zufahrt errichtet werden. Wir haben diesen Tagesordnungspunkt genutzt um auf Anliegen der BewohnerInnen aufmerksam zu machen.

Die Gemeinde plant eine Neugestaltung des Innenhofs. BewohnerInnen haben sich bei uns gemeldet, weil sie über die Pläne der Gemeinde noch nicht informiert wurden. Es bestehen große Sorgen um die Erhaltung der bestehenden Gärten.

Die BewohnerInnen wünschen sich ein Mitspracherecht bei einer Umgestaltung des Innenhofs. KPÖ-Stadträtin Renate Pacher hat das im Gemeinderat eingebracht. Wir meinen die Wünsche der MieterInnen müssen bei der Planung einbezogen werden – denn sie sind es die dort leben.



Die Wohnanlage Kärntnerstraße Freiheitsallee besitzt einen großen Innenhof. Die BewohnerInnen wollen bei der Umgestaltung mitreden.

Aus dem Gemeinderat

Generalsanierung Kulturhausküche

Der Gemeinderat hat die Generalsanierung der Kulturhausküche beschlossen. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 332.000 Euro. Die Höhe der Kosten wurde damit begründet, dass Gastküchen generell sehr teuer sind, die ganze Belüftung umgebaut werden muss und die Küche seit 1985 in Betrieb war.

Teststraße Herrengasse

Von 10. Mai bis 28. Juni hat die Gemeinde im ehemaligen DM-Markt eine Teststraße eingerichtet. Seit 12. Juli wird dort eine Test- bzw. Impfstraße vom Roten Kreuz betrieben. Die Miete beläuft sich auf monatlich 2.200 Euro und wird von der Gemeinde bezahlt. Ein Kostenersatz durch den Bund ist möglich, wurde berichtet. Die KPÖ ist der Ansicht, dass die Kosten zur Gänze vom Bund übernommen werden müssten.

Stadtbibliothek – neue Öffnungszeiten

Im Gemeinderat wurden neue Öffnungszeiten für die Stadtbibliothek beschlossen: Montag – Mittwoch 08:30 – 12:30 und 14:00 bis 17:00, Donnerstag 08.30 – 12:30, Freitags ist sie nun geschlossen.

Music Night Security

Bei der Music Night mussten die Corona-Regeln kontrolliert werden. Die Gemeinde übernahm die Kosten in der Höhe von 6000 Euro.

Sozialleistungen der Gemeinde

Folgende Sozialleistungen wurden beschlossen: Der Energiekostenzuschuss, der Zuschuss zur Kindererholungsaktion, die Weihnachtsbescherung für Menschen mit Behinderung und BewohnerInnen von Pflegeheimen, die Weihnachtszuwendung für SozialunterstützungsempfängerInnen und deren Kinder sowie der Mobilitätzuschuss für Studierende.

Energiekostenzuschuss und Mobilitätzuschuss können auf der Gemeinde beantragt werden.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT05 2081 5260 0000 0617

www.kpoe-steiermark.at

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Steiermärkische
SPARKASSE

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Steuerreform: Geschenke an die Wirtschaft und wenig Mut zum Umweltschutz

Die präsentierte Steuerreform der Bundesregierung wird zwar als „ökologische Wende“ verkauft, ist aber in erster Linie eine Entlastung für Unternehmen und Konzerne.

Wenn man wissen will, was von einer Maßnahme zu halten ist, ist man gut beraten sich anzusehen wer darüber jubelt. Im Fall der Steuerreformpläne gab es Beifall von der Wirtschaft und viel Kritik von Umweltorganisationen.



Die KPÖ begrüßt grundsätzlich das Vorhaben, Anreize zum Verzicht auf umwelt- und klimaschädliches Verhalten zu schaffen. Doch ob das mit dem vorgeschlagen Modell gelingt ist mehr als fraglich. Warum sollte eine Erhöhung der Energiepreise, die durch ein eher willkürliches Rückzahlungsmodell wieder abgegolten werden zu weniger Umweltbelastung führen?

Afghanistan: Krieg und nichts als Leid und Elend

20 Jahre haben die USA und ihre NATO-Verbündeten Krieg in Afghanistan geführt. Dabei ging es nie um Freiheit und Demokratie, sondern um geopolitische Interessen, um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten.

Zwischen 3,2 und 4 Billionen(!) Dollar hat der Krieg gekostet. 4.000.000.000.000 Dollar, das ist das zwanzigfache des Jahreshaushalts der Republik Österreich. Wenn auch nur ein Teil davon in die Entwicklung Afghanistans gesteckt worden wäre, wäre das heute ein blühendes Land. Stattdessen wurde vor allem die Rüstungsindustrie gefördert.

Durch Besatzermentalität und Drohnenangriffe, die zu tausenden zivilen Opfern geführt haben, haben die USA und ihre Verbündeten die Taliban wieder stark gemacht. Den Preis dafür bezahlen die Menschen in Afghanistan, viele werden flüchten.

Für die USA endet ihr längster Krieg mit einer Niederlage. Die USA sollten sich mit ihren eigenen

Wo bleiben notwendige Schritte, wie z.B. die Aufhebung des Steuerprivilegs für Diesel zu Gunsten der Transportunternehmen oder die Besteuerung von Flugbenzin? Wo bleibt der sofortige und massive Ausbau des öffentlichen Verkehrs? Die Förderung von Nahversorgung und regionaler Produktion mit Arbeitsplätzen in Wohnortnähe?

Viele Menschen haben in der Krise ihre Arbeit verloren, waren in Kurzarbeit und haben ihre Ersparnisse aufgebraucht. Diese Steuerreform führt zur Erhöhung der Wohn- und Lebenskosten und wird daher die soziale Ungleichheit vertiefen. Wer ein geringes Einkommen hat, muss noch mehr davon zur Abdeckung seiner Grundbedürfnisse aufwenden, ohne von den Steuerentlastungen für höhere Einkommen zu profitieren.

Statt einer Vermögenssteuer zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen gibt es durch die Senkung der Körperschaftssteuer ein millionenschweres Steuergeschenk für Unternehmer und Konzerne.

Die Körperschaftssteuer wird innerhalb von zwei Jahren von 25 auf 23 Prozent gesenkt. Bis 2005 betrug die KöSt noch 34 Prozent.

Durch die schrittweise Senkung der Besteuerung von Unternehmen stammt ein immer größerer Anteil der öffentlichen Einnahmen aus der Besteuerung der arbeitenden Menschen.

Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge ist ein gewagtes Spiel. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass es durch unvorhersehbare Ereignisse schnell zu großen Ausfällen bei den Einnahmen kommen kann. Während die Ausgaben gleichbleiben oder, etwa im Falle einer Pandemie, sogar massiv steigen. Ohne die entsprechenden Einnahmen kommt es schnell zu Leistungskürzungen und noch mehr Selbstbehalten.



Statt Steuergeschenke für Unternehmer und Konzerne brauchen wir Mittel zur

Absicherung von Gesundheit und Pflege. Denn neben der Klimakrise stecken wir auch inmitten einer Pflegekrise, die ebenfalls gravierende Folgen haben wird.

zahlreichen sozialen Problemen beschäftigen und aufhören „Weltpolizist“ zu spielen. Auch einen neuen „Kalten Krieg“ mit China oder Russland kann die Menschheit nicht brauchen.

Das Beispiel Afghanistan zeigt mehr als deutlich, dass die Kriege der NATO den Menschen, denen angeblich Demokratie und Freiheit gebracht werden sollten, nichts als Leid und Zerstörung hinterlassen. Nur die die Profite der Waffenproduzenten stiegen ins Unermessliche.

Die Kriegsgefahr ist weltweit in den letzten Jahren gestiegen. Auch das neutrale Österreich beteiligt sich an Einsätzen der NATO, unter anderem in Mali. Dabei wäre es gerade jetzt wichtig, die Neutralität ernst zu nehmen und für eine friedliche Welt einzutreten!

Nachtrag: Abrüstung, Abbau von militärischen Einrichtungen und die Verhinderung von Kriegen würden zu enormem Energie- und Ressourceneinsparungen führen und wären der beste Klimaschutz!

Mutter-Kind-Pass- Unterstützungsfonds der KPÖ

Die KPÖ hilft Müttern mit Kindern, die aufgrund des Fehlens von Kassen-FrauenärztInnen gezwungen waren die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen bei einem Wahlarzt auf eigene Kosten durchführen zu lassen. Es konnte bereits einigen Frauen geholfen werden.

Für viele sind hohe Arztrechnungen eine große Schwierigkeit. Die Untersuchungen sind aber verpflichtend, ohne sie wird keine Familienbeihilfe ausbezahlt.

Frauen, die von 1.1.2019 bis 6.1.2020 Wahlarztkosten für den Mutter-Kind-Pass hatten, können eine Unterstützung von maximal 200 € beantragen.

Einkommensgrenzen

Einpersonenhaushalt: € 1208, bei zwei Erwachsenen: € 1812, die Grenze erhöht sich pro Kind um € 403.

Anträge

In der KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld, bei KPÖ-GR Josef Meszlenyi (knittelfeld@kpoe-steiermark.at oder 03512/82240) melden.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-GR Josef Mezlenyi
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 10. November

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Minex: Jede Asbestfaser ist eine zuviel

Die Diskussionen um eine mögliche Asbestgefahr durch das geplante Minex-Werk in Zeltweg reißen nicht ab. Bekanntlich haben die Bürgermeister von Knittelfeld, Judenburg, Fohnsdorf, Spielberg und Zeltweg im Vorjahr um 32.000 Euro Steuergeld ein Gutachten in Auftrag gegeben und danach erklärt, dass von Minex keine Gefahr ausgehe.

Die Bürgerinitiative für ein Lebenswertes Aichfeld kritisiert, dass viele Punkte in der Beurteilung des Projekts nicht berücksichtigt wurden. Die Grünen Zeltweg haben ihrerseits ein Gutachten in Auftrag gegeben, das auf die mögliche Anreicherung des Bodens mit Asbestfasern eingeht.

Für Laien ist die Lage schwer zu beurteilen. Uns erscheint wesentlich, was Dr. Ernst Deu, Arzt und Vizebürgermeister von Weißkirchen, in der Pressekonferenz gesagt hat: Fast jede Asbestbelastung in unserer Umwelt ist auf die Asbestverarbeitung der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen. Die WHO hat keine Grenzwerte für Asbest festgelegt, weil jede ↻

Graz – KPÖ wird stärkste Partei

„Ganz überraschend kam der Erfolg nicht. Elke Kahr ist ein Phänomen, das Schule machen sollte. Ich wäre dafür.“

Willi Resetarits

Sänger & Menschenrechtsaktivist

Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Graz hat alle überrascht. Die KPÖ, mit Spitzenkandidatin Stadträtin Elke Kahr wurde mit 29% zur stärksten Partei.

Elke Kahr steht, wie die ganze KPÖ, für eine Politik, die die Anliegen der Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Interessen der Wirtschaft. Eine Politik, die Projekte an ihrem Nutzen für die Menschen beurteilt und nicht am eigenen Prestige. So konnte die KPÖ in Graz in der Vergangenheit gemeinsam mit der Bevölkerung den Verkauf der Gemeindewohnung oder eine teure Olympiabeteiligung verhindern. Gleichzeitig hat die KPÖ dafür gesorgt, dass soziale Themen nicht untergehen.

Wir gratulieren Elke Kahr und der KPÖ-Graz herzlich zu ihrem großartigen Erfolg, der auch über Graz hinaus zeigt, dass eine andere Politik möglich ist.



KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld,
Friedensstraße 10, Telefon: 03512/82240
E-Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at

↻ einzelne Faser tödlich sein kann. Darum ist jede Art von Asbestausstoß zu vermeiden. Denn jede Asbestfaser ist eine zuviel. Das ist der zentrale Punkt, der gegen das Minexwerk spricht.

Bei der Drucklegung unserer Zeitung sind die Auswirkungen der Krise der Bundesregierung nicht absehbar. Deshalb können wir darauf auch nicht eingehen

Dienesgasse – trotz 600 Unterschriften:

Weichenstellung für Bebauung von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen

Die OWG will in der Dienesgasse, auf einer Grünfläche mit Spielplatz, zwei Gebäude mit 24 altersgerechten Eigentumswohnungen errichten. Vor dem Sommer hätte die betreffende Fläche vom Gemeinderat umgewidmet werden sollen. Der Tagesordnungspunkt wurde aber nach Kritik der KPÖ für eine Nachdenkpause abgesetzt.

Nachdem die Verbauungspläne bekannt wurden sind BewohnerInnen aktiv geworden und haben Unterschriften für den Erhalt des Spielplatzes und der Grünfläche gesammelt. Bis jetzt sind 600 Unterschriften zusammengekommen, ein deutliches Signal.



Mehr als 600 Unterschriften wurden gesammelt

Grünflächen sind in unserer Stadt in den letzten Jahren deutlich weniger geworden. Sie sind aber ein wichtiger Teil der Lebensqualität. Besonders Kinder haben immer weniger Freiräume. Eine Grünfläche geht durch die Verbauung für immer verloren. Gerade in Zeiten des Klimawandels braucht es ein Umdenken. Die Wohnbedarfsanalyse der Gemeinde hat gezeigt, dass in Knittelfeld knapp 1000 Wohnungen ungenutzt sind. Trotzdem wird weiter gebaut, gegen die Bedürfnisse der Menschen.

Im September stand die Umwidmung wieder auf der Tagesordnung. Die KPÖ hat die Anliegen der Menschen im Gemeinderat vorgebracht. Die Argumente wurden von den anderen Parteien größtenteils geteilt, dennoch wurde die Umwidmung von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

Für einen Ankauf durch die Gemeinde Rechtlich gesehen ist die OWG berechtigt auf diesen Flächen zu bauen. Deshalb hat die KPÖ vorgeschlagen die Gemeinde solle sich massiv dafür einsetzen der OWG das Grundstück abzukaufen. Bürgermeister Harald Bergmann bezeichnete einen Ankauf als „fahrlässigen Umgang mit Steuergeld“.

Wir meinen Steuergeld könnte kaum nützlicher ver-

Bauen, bauen, bauen, wo bleiben die Menschen?

Ich war oft im Bereich Dienesgasse/Portniggstraße unterwegs. Ich habe niemanden gesprochen, der dafür war dass der Platz verbaut wird. Im Gegenteil, viele Menschen erzählen, dass sie selbst als Kind schon hier gespielt haben und jetzt mit ihren Kindern herkommen.

Es sind auch Eltern anzutreffen die weiter entfernt wohnen und herkommen weil der Spielplatz ihren Kindern so gut gefällt. Viele junge Familien wohnen rund um den Spielplatz, für sie ist der Platz direkt vor der Haustür ein großer Gewinn. Oft hört man: „Es geht doch nicht, dass alles verbaut wird.“ Die Menschen wissen, dass der Flächenfraß ein großes Problem ist.

Auch die BerufsschülerInnen ärgern sich. Für sie soll es bald keine Parkplätze mehr geben. Schon jetzt ist die Parkplatzsituation angespannt, die umliegenden Straßen oft zugeparkt. Wenn die Parkplätze entlang der Dienesgasse wegfallen wird das noch viel schlimmer. Die SchülerInnen halten sich in den Pausen gerne vor der Schule auf, mit Musik und Gesprächslärm. Hier ist das Konfliktpotential mit den geplanten „altersgerechten“ Wohnungen vorprogrammiert.

Die OWG ist eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft. Sie hat eine soziale und ökologische Verpflichtung den Menschen gegenüber, die in ihren Wohnungen leben. Ich appelliere daher an die Verantwortung der OWG diesen Kinderspielplatz und Nauturraum zu erhalten.

KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi

wendet werden als für die Erhaltung eines Spielplatzes und eines Erholungsraums.

Es wird argumentiert die OWG wolle das Grundstück nicht verkaufen. Vor den Gemeinderatswahlen wurde der Bau eines bereits bewilligten Bauprojekts der OWG in der Parkstraße durch Unterschriften und Gespräche mit der OWG verhindert. Warum bemüht man sich jetzt nicht genauso intensiv um eine Lösung? Warum geht der Bürgermeister und der ganze Gemeinderat nicht in die Medien und spricht sich dezidiert gegen das Bauprojekt aus? Noch sind die Baumaschinen nicht aufgefahren, noch wäre Zeit den Kinderspielplatz und die Grünfläche zu retten.

